Ausgabe: 04/2013

„Zum Hier-Essen“ oder „Zum Mitnehmen“? Abgrenzung von Lieferungen und Leistungen bei der Abgabe von Speisen und Getränken BMF, 20.03.2013

Ein neues BMF-Schreiben soll nun im Bereich der Lebensmittel (mehr) Klarheit bei der Abgrenzung von mit 7% besteuerten Lieferungen und mit 19% besteuerten sonstigen Leistungen bringen. Entscheidend für das Vorliegen einer voll besteuerten sonstigen Leistung ist, ob der Dienstleistungsanteil qualitativ überwiegt, wobei dies nach dem Gesamtbild der Verhältnisse des Umsatzes zu beurteilen ist. Notwendig mit der Vermarktung von Lebensmitteln verbundene Dienstleistungselemente wie z.B. die Zubereitung der Speisen oder aber der Transport der Speisen zum Ort des Verzehrs einschließlich Kühlen oder Wärmen sowie die Vereinbarung eines festen Lieferzeitpunktes bleiben dabei – entgegen früherer Rechtsprechung! - unberücksichtigt. Ebenso sind Dienstleistungen, die in keinem Zusammenhang mit der Abgabe der Speisen stehen, nicht einzubeziehen. Speisen „zum Hier-Essen“ stellen – sofern Tische, Stühle, Bedienung, usw. angeboten werden – nicht begünstigte sonstige Leistungen dar, Speisen „zum Mitnehmen“ sind dagegen ermäßigt besteuerte Lieferungen. Entscheidend ist dabei die Absichtserklärung des Kunden!

Die Verpflegung in sozialen Einrichtungen wie z.B. in Krankenhäusern und Seniorenheimen steht häufig im umsatzsteuerlichen Brennpunkt, nicht zuletzt, nachdem der ermäßigte Steuersatz für Selbstversorgungseinrichtungen unter Druck geraten ist. Ausdrücklich ermäßigt besteuert ist nach dem neuen BMF-Schreiben – im Gegensatz noch zum Entwurf des Schreibens vom August 2012 – folgender Sachverhalt: Ein Unternehmer bereitet mit eigenem Personal die Mahlzeiten für die Patienten in der angemieteten Küche eines Krankenhauses zu, transportiert die portionierten Speisen auf die Stationen und reinigt das Geschirr und das Besteck. Die Ausgabe der Speisen an die Patienten erfolgt durch das Krankenhauspersonal. Laut BMF ist die Reinigung des Geschirrs im Rahmen der Gesamtbetrachtung nicht zu berücksichtigen.

Das BMF-Schreiben betont, dass maßgebend immer das Gesamtbild der Verhältnisse maßgebend sei. Es nennt 16 Einzelbeispiele, die man nur als Einzelfallentscheidungen wird bezeichnen können, die aber in der Praxis sicher eine gewisse Hilfestellung geben können. Das Schreiben soll bereits mit Wirkung ab dem 01.07.2011 Anwendung finden. Man kann sich vor dem 01.10.2013 jedoch auf günstigere vorherige Regelungen beziehen.

Ansprechpartnerin: StB Anke Neudert

Servicegesellschaften – Neues zu Tochtergesellschaften im Rahmen einer umsatzsteuerlichen Organschaft BMF, 07.03.2013

Die umsatzsteuerliche Organschaft ist grundlegend dafür, dass die Leistungen von Tochtergesellschaften wie z.B. Servicegesellschaften (Reinigung, Verpflegung, Transporte u.a.) an ihren gemeinnützigen Gesellschafter nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Im Zentrum der Betriebsprüfungen steht derzeit häufig die organisatorische Eingliederung als eine zentrale Voraussetzung. Die Grundsätze hierzu hat das BMF jetzt (bindend für die Finanzbehörden) neu zusammengefasst. In den umfangreichen Änderungen sind z.B. folgende Eckpunkte enthalten:

- > Die Möglichkeit der Beherrschung der Tochtergesellschaft muss durch die Muttergesellschaft in der laufenden Geschäftsführung tatsächlich wahrgenommen werden.
- > Es muss sichergestellt sein, dass eine vom Willen des Organträgers abweichende Willensbildung bei der Organtochter nicht stattfindet. Dies ist u.E. so zu lesen, dass bereits die Möglichkeit einer abweichenden Willensbildung schädlich sein kann.
- > Es ist nicht in jedem Fall erforderlich, dass die Geschäftsführung der Muttergesellschaft mit derjenigen der Tochtergesellschaft vollständig personenidentisch ist. Eine Einzelgeschäftsführung eines fremden Geschäftsführers ist jedoch problematisch, dann kann es auf ein schriftlich vereinbartes Letztentscheidungsrecht des personenidentischen Geschäftsführers ankommen.
- > Eine personelle Verflechtung über Aufsichtsratsmitglieder ist nicht möglich.
- > Ausreichend kann es sein, wenn ein leitender Mitarbeiter der Muttergesellschaft Geschäftsführer der Tochtergesellschaft ist.
- > Problematisch ist es, wenn keine personelle Verflechtung in den Leitungsgremien gegeben ist.

Ansprechpartner: RA/StB Christof Wörle-Himmel

Eingeschränkter Vorsteuerabzug bei Werbemobilen OFD Karlsruhe vom 15.01.2013

Werbefirmen erfüllen ihre Aufträge gegenüber ihren Kunden häufig durch das Anbringen von Werbeflächen auf Kraftfahrzeugen. Hierfür wird verschiedenen Institutionen (soziale Einrichtungen, Vereine, Verbände, Kommunen, Interessenverbände, Golfclubs usw.) ein entsprechend mit Werbeflächen versehenes Fahrzeug - je nach Bedarf Kleinbus, Kombi oder Golfcar - überlassen (sog. Werbemobil). Mit Schreiben vom 15.01.2013 äußert sich die Oberfinanzdirektion Karlsruhe mit einer geänderten Auffassung zur umsatzsteuerlichen Behandlung bei der Überlassung von Fahrzeugen durch Werbefirmen an soziale Institutionen, Sportvereine und Kommunen.

Die Oberfinanzdirektion führt drei Fallsituationen aus und nimmt Stellung zu Steuerbarkeit, Bemessungsgrundlage und Entstehung der Umsatzsteuer. Dabei ist für die umsatzsteuerliche Behandlung weiterhin maßgeblich, in wie fern ein Verein oder juristische Person des öffentlichen Rechts aktiv an der Werbemaßnahme mitwirkt. Die Ausführungen zum Vorsteuerabzug wurden an das BMF-Schreiben vom 24.02.2012 angeglichen. Ab dem 01.1.2013 besteht demnach in bestimmten Konstellationen keine Möglichkeit zum Vorsteuerabzug mehr. Das Fahrzeug ist nur noch insoweit Unternehmensvermögen, als es für wirtschaftliche Tätigkeiten verwendet wird. Die Besteuerung einer Wertabgabe - wie bisher möglich - entfällt.

Ansprechpartner: Int. Bilanzbuchhalter Christian Munker, RA/StB Christof Wörle-Himmel

Hausmeister-Service als steuerfreie Nebenleistung zur Grundstücksvermietung? EuGH, 27.09.2012

Grundstücksvermietungen sind der Umsatzsteuer steuerfrei, Dienstleistungen sind grundsätzlich steuerpflichtig; soweit die wohl allgemein bekannte Kurzzusammenfassung des deutschen und auch des europäischen Steuerrechts. Schwieriger wird die Betrachtung jedoch, wenn der Mietvertrag selbst um mit der Vermietung zusammenhängende Dienstleistungselemente erweitert wird und dem Vermieter hierin ein Kündigungsrecht für den Fall eingeräumt wird, dass der Mieter das Dienstleistungsentgelt nicht zahlt.

Wird in dem Vertrag nämlich eine einheitliche Leistung gesehen, bei der die Vermietung weiterhin im Vordergrund bleibt, liegt insgesamt eine steuerbefreite Vermietungsleistung vor; die vereinbarten Dienstleistungen - im dem Urteil zugrundeliegenden Sachverhalt Reparaturen von Infrastruktur und Maschinen des Gebäudes, Reinigung der Gemeinschaftsräume sowie Sicherheit des Gebäudes - teilen als Nebenleistungen steuerlich das Schicksal der Hauptleistung „Vermietung“ und sind ebenfalls steuerbefreit. Eine Leistung ist insbesondere dann als „Nebenleistung zu einer Hauptleistung anzusehen, wenn sie für den Kunden keinen eigenen Zweck, sondern das Mittel darstellt, um die Hauptleistung unter optimalen Bedingungen in Anspruch zu nehmen“.

Ob in einem Vertrag eine einheitliche Leistung vereinbart wird, muss jeweils für den Einzelfall entschieden werden; der EuGH sah in der oben erwähnten Kündigungsmöglichkeit des Mietvertrages aber einen Hinweis, der für das Vorliegen einer einheitlichen Leistung spräche. Die Tatsache dagegen, dass die (mit-)vereinbarten Dienstleistungen auch von einem Dritten erbracht werden könnten, führt nicht zwingend dazu, dass jeweils gesondert zu vereinbarende Leistungen vorlägen.

Ansprechpartner: StB Anka Neudert

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:

Christof Wörle-Himmel
Rödl & Partner GbR
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater
Rechtsanwälte

Äußere Sulzbacher Straße 100
90491 Nürnberg

Konzept und Gestaltung:

Karolina Wagner

Texte:

Rödl & Partner GbR

Bezug

Rödl & Partner
Frau Karolina Wagner
karolina.wagner@roedl.de